

Zeitschrift: Nebelspalter : das Humor- und Satire-Magazin
Band: 141 (2015)
Heft: 10

Illustration: Merkels Plan C
Autor: Tomicek, Jürgen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 07.03.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Weltspiegel



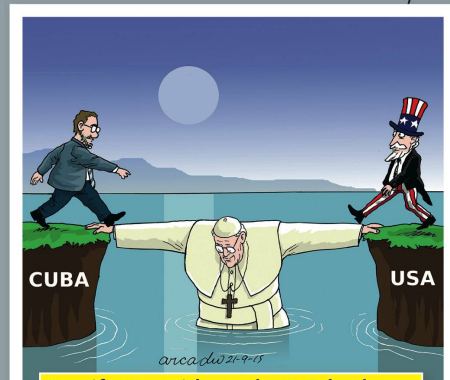
Friedhof der guten Intentionen



Merkels Plan C



Hort der Menschenrechte



Pontifex Franziskus – der Brückenbauer



Wurmstichig



Griechenland: Da Capo al fine

Und so gehts weiter

Fluchtwahl

ANDREAS THIEL

Während die europäische Flüchtlingskrise medial den Schweizer Wahlkampf beherrscht, hört man von den Politikern, die sich im Wahlkampf befinden, erstaunlich wenig dazu. Nach anfänglicher Schadenfreude über den tragischen Unfall von Philipp Müller fangen nun viele Konkurrenten an, ihn zu beneiden. Es kommt bereits zu einer verdächtigen Häufung von Selbstunfällen unter Stände- und Nationalratskandidaten, welche sich anschliessend mit einigen entschuldigenden Worten aus dem Wahlkampf zurückziehen.

Derweil tut sich was im Volk. Der Hauseigentümerverband hat nach langen Verhandlungen mit dem Bundesamt für Migration eine Wahlempfehlung für die SP herausgegeben. Der Hauseigentümerverband bietet seinen Mitgliedern ab sofort organisierte Familienferien in der Türkei an mit anschliessender Rückkehr via Reiscar über die Balkanroute.

Während des Urlaubs organisiert der Hauseigentümerverband in Zusammenarbeit mit dem Bundesamt für Migration zu Hause die Enteignung der Wohnhäuser seiner Urlauber, um sie für Flüchtlingsfamilien mit hohem Integrationspotenzial bereitzustellen. Gleichzeitig werden die enteigneten Besitzer in Zagreb als Flüchtlinge registriert und durch Übernahmekontingente in die Schweiz zurückgeschleust, wo sie ihre alten Häuser als Flüchtlinge beziehen werden. Der Vorteil dieser Lösung ist, dass zukünftig der Eigenmietwert entfällt.

Der Andrang für diese Urlaubsreisen ist sehr gross, denn wer vorher noch gearbeitet hat, erhält nach dem Urlaub ein Arbeitsverbot bei vollem Lohnersatz und uneingeschränkte Sozialleistungen inklusive unentgeltlichem Rechtsbeistand, um allfällige Einwände seitens des Bundesamtes für Migration abzuwenden.

Das Bundesamt für Migration versucht zwar verzweifelt, in den enteigneten Häusern Syrer, Iraker, Palästinenser oder Eritreer anzusiedeln. Diese weigern sich jedoch, in ländliche Gegenden abgeschoben zu werden und bestehen darauf, in den vom Bundesamt für Migration enteigneten Hotels in den Stadtzentren von Zürich, Bern oder Genf einquartiert zu werden.

Das Modell mit dem enteigneten Einfamilienhaus auf dem Land ist so attraktiv, dass viele bisherige Stadtbewohner und

Mieter versuchen, sich kurzfristig irgendwo ein Haus im Grünen zu kaufen, um sich dann nach einem Kurzurlaub in Griechenland oder in der Türkei als Flüchtlinge darin niederzulassen.

Diese entfesselte Dynamik auf dem Häusermarkt treibt die Immobilienpreise in schwindelerregende Höhen. Vor allem, weil der Bund bei der Enteignung für die beschlagnahmten Häuser marktübliche Preise bezahlt. Um die Grundstückgewinnsteuer zu umgehen, bieten einige Immobilienhändler an, sich mit den Kaufinteressenten als homosexuelle Ehepartner registrieren zu lassen. Bei der Scheidung sorgen dann die Scheidungsanwälte der Immobilienhändler dafür, dass die Immobilie dem Interessenten zugesprochen wird. Im Gegenzug erhält der Immobilienhändler einen Anteil am Vermögen des neuen Besitzers in der Höhe des Kaufpreises.

Simonetta Sommaruga hat derweil das Adoptionsrecht so weit umgebaut, dass kinderlose Paare erst einmal zwei erwachsene Eritreer adoptieren müssen, bevor sie die Bewilligung für ein Kleinkind erhalten.

Dies hat die Reproduktionsmedizin auf den Plan gerufen, welche für geklonte Kinder wirbt mit dem Hinweis, das Klonen eines eigenen Kindes sei zwar ausgesprochen teuer und aufwendig, aber die Chance, dass sich das Kind in zwanzig Jahren in den Arbeitsmarkt integrieren lasse, sei höher als bei einem Eritreer.

Jetzt will Simonetta Sommaruga heiratswillige Homosexuelle dazu zwingen, bei einer Eheschliessung mindestens einen erwachsenen, eritreischen Migranten zu adoptieren, wogegen sich die Homosexuellen überraschenderweise nicht wehren. Im Gegenteil, die Gesuche um Eheschliessungen mit Adoption von Eritreern schnellen rasant in die Höhe. Insbesondere aus der einschlägigen homosexuellen Partyszene sind verächtlich viele Gesuche eingegangen.

Nach anfänglichem heftigen Widerstand seitens muslimischer Migrantenorganisationen scheint nun aber auch in diesen Kreisen ein Umdenken stattgefunden zu haben. Vor allem Libyer und Marokkaner zeigen sich interessiert daran, sich als Eritreer adoptieren zu lassen. Die Polizei hat das Bundesamt für Migration bereits gewarnt, einige der auf diesem Weg eingeschleusten Flüchtlinge seien der Polizei seit Jahren aus dem Zürcher Drogenmilieu bekannt.